

Das Ende der Imperien

Kurzüberblick

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte den Zusammenbruch von drei Imperien. Eine Reihe von mehr oder weniger stabilen Republiken wurde gegründet. Die Oktoberrevolution war für viele mit der Hoffnung auf Aufbruch und Neubeginn verbunden. In zahlreichen Ländern erhielten Frauen das Wahlrecht. Für Frauen markierten die Zwanzigerjahre Emanzipation und Aufbruch.

Schlüsselbegriffe

Bolschewisten: Angehörige der von Lenin angeführten radikalen Fraktion der russischen Arbeiterpartei; später Kommunistische Partei.

Sowjets: russische Bezeichnung für Arbeiter- und Soldatenkomitees (Räte).

Reparationen: finanzielle Wiedergutmachung für Schäden und Zerstörungen, die ein besiegtes Land im Krieg verursacht hat.

Völkerbund: 1920 gegründete zwischenstaatliche Organisation zur Friedenssicherung und friedlichen Beilegung von Konflikten mit Sitz in Genf; Vorläufer der UNO.

Die Entstehung der Republik Türkei

- ▶ Im Vertrag von Lausanne (1923) verzichtete die Türkei auf die arabischen Gebiete. Es kam zu einem Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei. 1923 wurde die Republik ausgerufen. Kemal Atatürk strebte die Schaffung eines modernen, westlich orientierten türkischen Nationalstaats an – auf Kosten der ethnischen Minderheiten (z. B. Kurden).
- ▶ Der Einfluss des Islam wurde zurückgedrängt, das Bildungswesen reformiert, die Rechtsstellung der Frauen verbessert. Ankara wurde die neue Hauptstadt.

Die Friedensverträge von 1919

→ S. 12 – 17

- ▶ Die **Friedensverhandlungen** wurden von den Siegermächten geführt. Die besiegten Länder wurden nur zur Unterschrift eingeladen („Diktatfrieden“). Die Verhandlungen basierten auf den **14 Punkten** von Präsident Wilson (S. 13). Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Schaffung des **Völkerbundes**, dem die USA dann aber nicht beitraten.
- ▶ **Deutschland** musste im **Vertrag von Versailles** die Kriegsschuld anerkennen, große Gebiete abtreten, abrüsten und wurde zu Reparationen verpflichtet. Der Vertrag traf in Deutschland auf breite Ablehnung.
- ▶ Die **Landkarte Europas** wurde neu gezeichnet: Vier Imperien verschwanden, neue Staaten entstanden – oft ohne Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung (z. B. Südtirol). 5 000 km neuer Grenzen wurden gezogen.
- ▶ **Österreich** musste im Vertrag von **St. Germain** deutschsprachige Gebiete abtreten (Untersteiermark, tschechische Grenze) und einem **Anschlussverbot** zustimmen. Westungarn kam als Burgenland zu Österreich. Unterkärnten blieb nach einer Volksabstimmung (1920) bei Österreich.
- ▶ **Ungarn** musste im **Vertrag von Trianon** große Gebiete an die Tschechoslowakei, Rumänien und an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abtreten.
→ Erstarben des **ungarischen Nationalismus**.
Der **Friedensvertrag** mit Bulgarien wurde in **Neuilly** unterzeichnet. Auch dieses Land musste Gebietsverluste hinnehmen und verlor den Meerzugang (zum ägäischen Meer).

Die Russische Revolution und die Entstehung der Sowjetunion

- ▶ Die katastrophale Versorgung und Streiks in den Rüstungsbetrieben führten zur **Februarrevolution** von **1917** und zur Abdankung des Zaren. Neben der Provisorischen Regierung bildeten sich **Sowjets** (Vertreter von Arbeitern und Soldaten), was zur sogenannten → „Doppelherrschaft“ führte.
- ▶ Angeführt von **Lenin** übernahmen die **Bolschewisten** die Macht in den Sowjets und in der **Oktoberrevolution** auch die Regierungsmacht → „Rat der Volkskommissare“. Die verfassungsgebende Versammlung wurde aufgelöst. Am Ende eines blutigen Bürgerkrieges der Roten Armee gegen die „Weißen“ (national-konservative Kräfte, vom Westen unterstützt) wurde die **Sowjetunion** 1922 als kommunistisch regierter Staat gegründet. Die Bolschewisten profitierten auch von der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung.

Bild der modernen Frau

- ▶ junge gebildete Frauen
- ▶ „Bubikopf“ als Symbol
- ▶ „Neue Frau“ (Sozialdemokraten, Kommunisten)
- ▶ Popularisierung durch Werbung

Veränderungen

- ▶ Massenmedien, Film, Rundfunk
- ▶ Massengesellschaft, moderne Stadt
- ▶ Arbeitswelt, Fließband
- ▶ Lebensstil, „American Way of Life“

Die „Goldenen Zwanziger“ und die Rolle der Frau

Ende der „Goldenen Zwanziger“

- ▶ Weltwirtschaftskrise
- ▶ Arbeitslosigkeit, Massenelend
- ▶ Faschismus

Veränderung der Geschlechterverhältnisse

- ▶ Folge des Krieges
- ▶ Frauenwahlrecht
- ▶ neue Berufschancen für Frauen
- ▶ Emanzipation der Frauen
- ▶ veränderte sexuelle Moralvorstellungen
- ▶ homosexuelle Emanzipation

Europäische Staatensysteme und ihre Ideologien 1918 – 1945

Kurzüberblick

Die Umwälzungen und Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg verunsicherten viele Menschen. Ein „Age of Anxiety“ war die Folge. Vor allem rechte Gruppierungen instrumentalisierten diese Ängste, Ressentiments und Feinbilder für ihre politischen Zwecke und destabilisierten die häufig fragilen neuen Demokratien. Die Weltwirtschaftskrise (ab 1929) spitzte die Lage weiter zu.

Nur in wenigen Ländern (Vereinigtes Königreich, Frankreich, Benelux-Staaten, Tschechoslowakei) blieben demokratische Systeme bestehen.

Schlüsselbegriffe

Dolchstoßlegende: Verschwörungstheorie der führenden Generale Deutschlands, wonach die demokratischen Politiker und ihr Friedensgesuch zur Niederlage Deutschlands geführt hätten.

Faschismus (von ital. *fasci* = Rutenbündel, Symbol der Kampfverbände): von Mussolini errichtetes Herrschaftssystem in Italien; in weiterer Folge auch nach dem Führerprinzip organisierte, nationalistische, antidemokratische, rechtsradikale Bewegung, Ideologie.

Internationale Brigaden: militärische Freiwilligenverbände im Spanischen Bürgerkrieg, meist von der Kommunistischen Internationale rekrutiert und ausgebildet.

Elemente des typischen Faschismus

- ▶ nationalistischer autoritärer Staat
- ▶ positive Bewertung von Gewalt und Krieg; Expansion
- ▶ Massenmobilisierung und Militarisierung der Gesellschaft
- ▶ Bedeutung von Symbolen
- ▶ Betonung des maskulinen Prinzips, charismatischer und autoritärer Führungsstil
- ▶ faschistische Negationen: Antiliberalismus, Antikommunismus

Weimarer Republik

... S. 30 – 33

- ▶ Nach der Abdankung des Kaisers 1918 wurde in Deutschland eine parlamentarische Demokratie errichtet, die allerdings durch revolutionäre Bestrebungen von links und Putschversuche von rechts in Frage gestellt wurde.
- ▶ Der junge Staat hatte einige Erfolge aufzuweisen (Schulreform, Wohnungsbau, Reparationenfrage, Aufnahme in den Völkerbund). Die „Dolchstoßlegende“ verhinderte allerdings einen ehrlichen Umgang mit der Niederlage im Krieg.
- ▶ Das Land war politisch zersplittert, die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise polarisierten das Land weiter und begünstigten den Aufstieg der NSDAP. 1933 übertrugen reaktionäre Eliten (Hindenburg, Papen) die Macht an Hitler.

Der italienische Faschismus

... S. 34 – 35

- ▶ In Italien führten enttäuschte Hoffnungen auf Gebietsgewinne, politische und wirtschaftliche Krisen sowie ein Misstrauen in die demokratischen Institutionen zur Entstehung von rechten Massenbewegungen. Die Kampfverbände Mussolinis („Duce“) propagierten ihre Vision des *fascismo*, einer nationalistischen anti-kommunistischen autoritären Ideologie, und bekamen dabei Unterstützung von bürgerlichen und konservativen Kräften sowie Industriellen und der katholischen Kirche.
- ▶ Nach der Machtübernahme erhielt Mussolini fast unbeschränkte Regierungsgewalt, die durch einen ausgeprägten Führerkult und die faschistisch geprägte Bürokratie gestützt wurde.
- ▶ Politische Gegnerinnen und Gegner wurden brutal verfolgt und zum Teil hingerichtet, Gewerkschaften verboten, die Pressefreiheit abgeschafft.
- ▶ Gegen den Faschismus formierte sich eine breite Widerstandsbewegung, die nach der Absetzung Mussolinis (1943) eine wichtige Rolle spielte.
- ▶ Mitte der 1930er Jahre kam es zu einer Annäherung zwischen Hitler und Mussolini (Stahlpakt, Achse Berlin–Rom). Italien wurde zu einer Art Marionettenstaat Deutschlands.

Der Spanische Bürgerkrieg (1936 – 1939)

... S. 36 – 37

- ▶ Die politische und wirtschaftliche Lage Spaniens vor dem Bürgerkrieg war instabil. Nach dem Wahlsieg des linken Parteibündnisses (*Frente Popular*) 1936 putschten rechte Militärs unter General Franco von den nordafrikanischen Kolonien aus gegen die Regierung.
- ▶ Trotz einiger Erfolge in den westlichen Provinzen konnten die Putschisten Madrid und Barcelona lange nicht unter ihre Kontrolle bringen.
- ▶ Der Bürgerkrieg wurde zunehmend internationalisiert: die republikanische Seite erhielt Unterstützung von der Sowjetunion und den Internationalen Brigaden; italienische Verbände und die Legion *Condor* griffen auf Seiten Francos in den Krieg ein. Letztere bombardierte die baskische Stadt Guernica. 1939 brach der Widerstand der Republik zusammen.
- ▶ Franco errichtete eine nationalistische Diktatur, hunderttausende Menschen wurden hingerichtet. Franco konnte sich mithilfe von brutaler Repression bis zu seinem Tod 1975 an der Macht halten. Die historische und politische Aufarbeitung des schwierigen Erbes der Franco-Diktatur ist bis heute mangelhaft.

Europäische Staatensysteme und ihre Ideologien 1918 – 1945

Der Stalinismus

... S. 42 – 43

- ▶ Nach Lenins Tod (1924) setzte sich **Stalin** (1879 – 1953) durch und hatte ab 1927 unumschränkte Macht. Er setzte auf den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ und forcierte die **Industrialisierung**. In den Fünfjahresplänen lag der Fokus auf der Schwerindustrie – zu Lasten der Konsumgüterproduktion.
- ▶ Eine **Bildungsoffensive** und die **Urbanisierung** ermöglichten vielen Menschen soziale Mobilität. **Soziale Mindeststandards** (Pensionen, Gesundheit, subventionierte Preise) machten den Konsumverzicht erträglich.
- ▶ Stalin ließ sich als Vertreter der Masse inszenieren, ein umfassender **Personenkult** (Statuen, Plakate, Lieder, Porträts etc.) knüpfte an den Zarenmythos und Leninkult an und sicherte Stalins Herrschaft ab.
- ▶ Die Landwirtschaft zahlte den Preis für die Industrialisierung. Gegen den Widerstand der Bauern wurden **Kolchosen** gebildet (Zwangskollektivierung), in **Sowchosen** arbeiteten Menschen zu geringen Löhnen. Die Folge war eine massive Krise der Landwirtschaft und 1932/1933 eine **Hungersnot** mit 5 – 10 Millionen Opfern.
- ▶ Der Massenterror mit den „**Großen Säuberungen**“ 1938/1939 richtete sich gegen jede vermeintliche Opposition und die geistige Elite des Landes. In Schauprozessen wurden Menschen zum Tod oder zur Deportation in **Zwangsarbeitslager** (GULag) verurteilt, was viele nicht überlebten.

Fünfjahresplan: jeweils auf fünf Jahre ausgerichteter staatlicher Wirtschaftsplan (Planwirtschaft).

Kolchose: landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft; Zusammenschluss wurde oft erzwungen.

Sowchose: staatlicher Landwirtschaftsbetrieb mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; verstaatlichter Großgrundbesitz.

Säuberung: Ausschaltung von Oppositionellen.

Personenkult: übermäßige Verehrung und Glorifizierung einer Einzelperson; wird politisch instrumentalisiert und ist ein Merkmal von Diktaturen.

Kurzüberblick

Systeme, in denen sämtliche staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche – also möglichst alle Bürgerinnen und Bürger und vor allem alle Institutionen – vom jeweiligen Regime kontrolliert werden, werden „totalitäre Systeme“ genannt. Beispiele sind die Sowjetunion unter Stalin oder das nationalsozialistische Deutschland. Eine solche Herrschaft kann nur mit Terror, Unterdrückung, Verbot von Opposition und anderen Gewaltmaßnahmen gesichert werden. Dementsprechend viele Menschen fielen diesen Regimen zum Opfer.

Schlüsselbegriffe

Sozialdarwinismus: Bezeichnung für Theorien, die die naturgesetzlichen Prinzipien der biologischen Evolutionstheorie Darwins wie Auslese und Kampf ums Dasein auf den sozialen Bereich übertragen. Die vom Sozialdarwinismus behauptete „natürliche“ Ungleichheit der Menschen wurde von der Rassenideologie des Nationalsozialismus übernommen, um die Überlegenheit der „arischen Rasse“ zu untermauern, die Ausmerzung „rassenfremder“ Bevölkerungsteile und den Kampf um „Lebensraum im Osten“ zu rechtfertigen.

Ideologie des Nationalsozialismus

... S. 40 – 41, S. 90 – 91

Rassismus und Sozialdarwinismus

- ▶ Einteilung der Menschen in Rassen
- ▶ Juden, geistig behinderte Menschen → „Parasiten“
- ▶ Kontrolle über „erbgesunden“ Nachwuchs

Antisemitismus

- ▶ religiöser, wirtschaftlicher und politischer Antisemitismus
- ▶ NS: rassistischer Antisemitismus: Juden als „Kulturzerstörer“

Politische Ideologie

- ▶ Führerprinzip → Personenkult
- ▶ Volksgemeinschaft
- ▶ Nationalismus → Zusammenschluss aller Deutschen

„Lebensraum im Osten“

- ▶ „Boden zur Ernährung unseres Volkes“
- ▶ Slawen als „Untermenschen“

Männerbild/ Geschlechterverhältnisse

- ▶ „arischer Krieger“ → Arterhaltungskampf
- ▶ Eugenik (Erbgesundheitslehre) „natürliche Auslese“ → Kampf gegen „lebensunwertes“ Leben (Euthanasie)
- ▶ Frauen: Mutterrolle, Treue, Hingabe zahlreiche „rassenreine, erbgesunde“ Kinder

Kurzüberblick

1918 – 1924

November 1918: Staatsgründung

/ Wahlen / Verfassung

1919: Friedensvertrag / Nachkriegskrise

1925 – 1929

1924: Währungsreform / kurzer wirtschaftlicher Aufschwung / Radikalisierung (Wehrverbände)

1927: Justizpalastbrand

1929 – 1934

Weltwirtschaftskrise

1929: Verfassungsreform / Massenarbeitslosigkeit / Aufstieg der NSDAP

1933: Ausschaltung des Parlaments

Februar 1934: Bürgerkrieg

1934 – 1938

1934: Neue Verfassung → „Ständestaat“ / **Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur**

Juli 1934: Ermordung von Dollfuß / wachsender Einfluss Hitler-Deutschlands

März 1938: „Anschluss“

Schlüsselbegriffe

Austromarxismus: in Österreich vor 1938 entwickelte Sonderform des Marxismus; wurde von Otto Bauer als „dritter Weg“ propagiert.

Wehrverbände: bewaffnete militärische Organisationen, nämlich der **Republikanische Schutzbund**, die **Heimwehr** und einige kleinere rechte Verbände. Sie standen politischen Parteien nahe und verschärften die innenpolitische Situation. Sie wurden 1933 (Schutzbund) und 1936 (Heimwehr) aufgelöst.

Genfer Protokolle: Staatsvertrag, der Österreich eine Völkerbundanleihe sicherte. Mit dieser konnte Österreich die Nachkriegsinflation beenden und den Schilling einführen. Im Gegenzug bekräftigte Österreich das Anschlussverbot und verpflichtete sich zu einem Sparprogramm.

Von der Staatsgründung zur Radikalisierung

- ▶ Trotz der revolutionären Stimmung und der Wirren am Kriegsende erfolgte der **Regimeübergang** einigermaßen geregelt. Die Vertreter der politischen Parteien riefen einen Tag nach der Abdankung von Kaiser Karl I. (R 1916 – 1918) am 12. November 1918 die Republik **„Deutschösterreich“** aus. **Karl Renner** stand als Staatskanzler an der Spitze der neuen Regierung.
- ▶ Die unklaren Grenzen, Massenelend und Arbeitslosigkeit ließen viele an der **Lebensfähigkeit** des neuen Kleinstaates zweifeln, sodass der Wunsch nach dem „Anschluss“ an Deutschland groß war. Die Gesundheitsversorgung war schlecht, Plünderungen waren an der Tagesordnung wie Demonstrationen von Republikgegnern.
- ▶ Die wichtigsten politische Akteure waren die bereits im 19. Jh. entstandenen **Massenparteien**. Die **Sozialdemokratische Partei** bestand aus einem pragmatischen Flügel um Karl Renner und einem linken Flügel um **Otto Bauer (Austromarxismus)**. Die Anhänger stammten aus der Arbeiterschicht, die Führung oft aus bürgerlich-jüdischen Familien. Die **Christlichsoziale Partei** war bürgerlich konservativ und stand der katholischen Kirche nahe. Sie stand einige Jahre unter der Führung von Prälat **Ignaz Seipel**. Die Anhänger waren Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende. Weitere bürgerliche Parteien waren der **Landbund** (Großbauern) und die **Großdeutsche Volkspartei**. Zusammen mit den Christlichsozialen stellten sie ab 1920 Koalitionsregierungen.
- ▶ Die **ersten freien Wahlen** im Februar 1919 (erstmalig Frauenwahlrecht) endeten mit einem Sieg der Sozialdemokraten. Renner bildete eine **Koalitionsregierung** mit den Christlichsozialen, die wichtige **Sozialreformen** (Achtstundentag, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterkammern) durchsetzte.
- ▶ Im **Frieden von St. Germain** wurden die **Staatsgrenzen** und der **Staatsname** (Österreich) sowie ein **Anschlussverbot** festgelegt.
- ▶ 1920 erhielt der neue Staat eine **Verfassung**, ausgearbeitet vom Rechtsgelehrten Hans Kelsen. Ihre Prinzipien sind bis heute gültig.
- ▶ Danach zerbrach die Koalition, eine zunehmende **Radikalisierung** der Innenpolitik war die Folge. Die Spannungen zwischen dem „Roten Wien“ und den katholisch geprägten Bundesländern wuchsen; den Parteien nahestehende paramilitärische **Wehrverbände** – der **Republikanische Schutzbund** (Sozialdemokratie) und die **Heimwehren** (bürgerlich) – formierten sich.
- ▶ Anfang 1927 wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Schutzbund und bürgerlichen Frontkämpfern in Schattendorf (Burgenland) zwei Menschen getötet. Der Freispruch der angeklagten Frontkämpfer löste in Wien Proteste und Demonstrationen aus, bei denen der **Justizpalast** (15. Juli 1927) in Brand gesteckt wurde.
- ▶ Unter Bundeskanzler **Seipel** wurde 1922 eine **Sparpolitik** eingeleitet (**Genfer Protokolle**). Die Hyperinflation der Nachkriegszeit wurde beendet, 1925 wurde der **Schilling** eingeführt. Finanzen und wirtschaftliche Lage besserten sich, allerdings stieg die Arbeitslosigkeit. Die **Weltwirtschaftskrise** von 1929 erreichte mit dem Zusammenbruch der größten Bank 1931 auch Österreich. Die rasch steigende Arbeitslosigkeit bereitete den Boden für autoritäre Politik.

Österreich – die Erste Republik

Das „Rote Wien“

- ▶ Ausgestattet mit einer absoluten Mehrheit bei den Wahlen entwickelte die Sozialdemokratie in **Wien** eine weitreichende Reformpolitik → Schaffung einer Gegenkultur zur herrschenden bürgerlichen Kultur, Konzept des „**neuen Menschen**“.
- ▶ Im Zentrum stand die **Bildungspolitik**: Die Volkshochschulen wurden ausgebaut, Frauen erhielten Zugang zu den Universitäten (1919), in Wien wurde eine Schulreform (Gesamtschule) umgesetzt. Internationale Anerkennung erhielt das **Wohnbauprogramm** (Gemeindebauten), das durch eine sozial gestaffelte Wohnbausteuer finanziert wurde.

Die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur

- ▶ Ab 1930 wurden die Forderungen nach Bildung eines autoritären Einparteienstaats immer lauter (Korneuburger Eid der Heimwehren). Bundeskanzler Dollfuß nutzte 1933 eine Abstimmungs-panne im Parlament zu dessen **Auflösung**. Gestützt auf Kirche, Unternehmerverbände, Heimwehren und das faschistische Italien stellte Dollfuß die Weichen in Richtung Diktatur → **Vaterländische Front** als Einheitspartei (Mai 1933). Im **Bürgerkrieg** im **Februar 1934** wurde die Sozialdemokratische Partei ausgeschaltet. Am 1. Mai 1934 proklamierte Dollfuß einen Bundesstaat auf ständischer Grundlage („**Ständestaat**“). Am 25. Juli 1934 wurde Dollfuß bei einem gescheiterten **Putschversuch von Nationalsozialisten** ermordet. Die NSDAP wurde verboten.

Der Weg zum „Anschluss“ und das Ende Österreichs

- ▶ Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg versuchte erfolglos, den Druck der Nationalsozialisten von innen wie von Deutschland aus abzuwehren. Unter Druck Mussolinis machte Österreich an Deutschland Zugeständnisse (**Juliabkommen 1936**): Inhaftierte Nationalsozialisten wurden amnestiert, Vertrauensleute der NSDAP kamen in die Regierung.
- ▶ Im Februar 1938 musste sich Schuschnigg den Drohungen Hitlers beugen und den Nationalsozialisten **Arthur Seyß-Inquart** zum Innen- und Sicherheitsminister ernennen und freie politische Betätigung für die NSDAP erlauben (**Berchtesgadener Abkommen**). Zu einer für den 13. März angesetzten **Volksabstimmung** über die Unabhängigkeit Österreichs kam es nicht mehr. Nach einem Ultimatum aus Deutschland trat Schuschnigg zurück und Seyß-Inquart wurde Bundeskanzler – die Nationalsozialisten waren „legal“ an die Macht gekommen.
- ▶ Am **12. März 1938** überschritt die Wehrmacht Österreichs Grenzen; am 13. März wurde die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland dekretiert. Am 15. März hielt Hitler vor etwa 250 000 Menschen seine Rede vom Altan des **Heldenplatzes**.
- ▶ Die Nationalsozialisten überzogen Österreich mit Einschüchterung, Terror und **Propaganda**, sodass bei der **Volksabstimmung** über den „Anschluss“ am 10. April 1938 99,7 % mit „Ja“ stimmten. Politische Gegnerinnen und Gegner wurden ins KZ Dachau verbracht, die jüdische Bevölkerung war massiven Gewaltakten ausgesetzt (Reibparteien, Arisierungen, willkürliche Verhaftungen).
- ▶ 1939 wurde der Name „Österreich“ durch „**Ostmark**“ ersetzt, 1942 hieß es dann nur mehr „**Alpen- und Donau-Reichsgaue**“, um jede Erinnerung an österreichische Identität auszulöschen.

Schlüsselbegriffe

Ständestaat: ein nach Berufsgruppen – „Stände“ genannt – organisierter Staat ohne politische Parteien und demokratisch gewähltes Parlament. Der Begriff wurde unter Dollfuß und Schuschnigg als Eigenbezeichnung der Diktatur in Österreich verwendet. Er wird daher oft unter Anführungszeichen verwendet.

Vaterländische Front: Einheitspartei in Österreich zur Zeit des autoritären Ständestaats. Sie wurde im Mai 1933 von der Bundesregierung unter Führung von Engelbert Dollfuß gegründet und sollte als überparteiliche Massenorganisation fungieren. Symbol war das Kruckenkreuz. Sie richtete sich gegen den Nationalsozialismus.

Austrofaschismus: Fremdbezeichnung, die bereits von den zeitgenössischen Gegnerinnen und Gegnern verwendet wurde. Der Begriff betont die faschistische Prägung Österreichs, ist in der historischen Forschung aber umstritten.

Maiverfassung: Verfassung des „Ständestaates“. Sie wurde erlassen, ersetzte die Verfassung von 1920 und setzte damit die Gewaltenteilung außer Kraft. Sie bildete die Basis für einen „christlich-deutschen Ständestaat“.

„Anschluss“: Bezeichnung für Vorgänge zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich.

Anschlussbestrebungen: gab es seit Ausrufung der Ersten Republik. Um den Unterschied zwischen diesen Bestrebungen und dem 1938 vom nationalsozialistischen Regime erzwungenen „Anschluss“ wird dieser Vorgang etwa seit dem Jahr 1988 in Österreich meist unter Anführungszeichen gesetzt.

Schlüsselbegriffe

Antikominternpakt: Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Japanischen Kaiserreich (1936) mit dem Ziel, die Kommunistische Internationale zu bekämpfen. Später trat auch Italien bei.

Achse Berlin–Rom: Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien; wurde 1939 durch den Stahlpakt ausgebaut. Deutschland und Italien werden daher als „**Achsenmächte**“ bezeichnet.

Appeasementpolitik: Beschwichtigungspolitik; Versuch der britischen Regierung, durch Zugeständnisse an Hitler den Frieden zu sichern.

Sudetenfrage: die Annexion der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei (Sudetenland) durch das Deutsche Reich (1938).

Blitzkrieg: Militärstrategie der Wehrmacht am Beginn des Krieges (Polen, Frankreich). Der Begriff sollte die blutige Realität des Krieges verschleiern.

Alliierte: USA, Großbritannien und die Sowjetunion, gegen Kriegsende auch Frankreich; sie kämpften gemeinsam gegen Deutschland und seine Verbündeten. Im Laufe des Krieges schlossen sich zahlreiche weitere Staaten den ursprünglichen Alliierten an.

- ▶ In **Ostasien** eroberte **Japan** zunächst **China** und in weiterer Folge **Südostasien** und zahlreiche Inseln im Pazifik. Der Überfall auf **Pearl Harbor** führte 1941 zum Kriegseintritt der USA. Die Schlacht bei den **Midway-Inseln** brachte 1942 die Wende im Pazifikkrieg. Der Krieg gegen Japan endete erst im August 1945 mit den **Atombombenabwürfen** auf Hiroshima und Nagasaki.
- ▶ **Folgen des Krieges:** 60 – 70 Millionen Tote, davon 27 Mio. in der UdSSR
6 Millionen ermordete Juden
Entstehung einer bipolaren Weltordnung

Der Weg in den Zweiten Weltkrieg

... S. 66 – 69

- ▶ **Neuer Expansionsdrang in Europa und Asien:** In Ostasien stieg Japan zu Beginn des 20. Jhs. zur Großmacht auf. Korea und die Mandschurei gerieten unter seine Kontrolle. Nach der Weltwirtschaftskrise setzten sich in Japan militaristische und nationalistische Kreise durch. Japan trat dem **Antikominternpakt** mit Deutschland bei. 1931 wurde die Mandschurei erobert, 1937 begann die japanische Expansion gegen **China** und im **Pazifik**, die erst mit der Niederlage Japans 1945 endete.
- ▶ **Italiens Wunsch nach alter Größe:** Das faschistische Italien strebte eine Vormachtstellung im Mittelmeer („mare nostrum“) und Kolonien in Afrika an; 1935 marschierten italienische Truppen in Abessinien (heute Äthiopien) ein. Abessinien wurde mit Libyen und Somaliland zu Italienisch-Ostafrika zusammengeschlossen.
- ▶ **Das nationalsozialistische Deutschland als Kriegstreiber:** Nach der Machtübernahme verschleierte die deutsche Außenpolitik ihre expansionistischen Absichten („*Lebensraum im Osten*“). Allerdings wurde aufgerüstet und Bestimmungen des Versailler Vertrags sukzessive gebrochen. Mit der **Achse Berlin–Rom** und dem Antikominternpakt wurden die Weichen für den Krieg gestellt. Die Westmächte antworteten darauf zunächst mit einer **Appeasementpolitik** (Österreich, Sudetenfrage und Zerschlagung der Tschechoslowakei).

Der Verlauf des Zweiten Weltkrieges / Kriegsschauplätze ... S. 70 – 75

- ▶ Der Zweite Weltkrieg begann mit dem deutschen Überfall auf **Polen** im September **1939**. In einem **Blitzkrieg** wurde Polen besiegt und als Generalgouvernement unter deutsche Verwaltung gestellt.
- ▶ Im Frühjahr 1940 wurden **Dänemark** und **Norwegen**, anschließend die **Benelux-Staaten** und große Teile **Frankreichs** besetzt. Der **Luftkrieg** gegen England sollte eine Invasion der Insel vorbereiten; diese Pläne scheiterten jedoch am entschlossenen Widerstand **Churchills**.
- ▶ In **Nordafrika** kämpften deutsche und italienische Truppen gegen britische Truppen. Die Niederlage der **Achsenmächte** in Nordafrika machte für die **alliierten Truppen** den Weg in Richtung Italien frei. Italien schloss 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten.
- ▶ **1941** überfiel die Wehrmacht die **Sowjetunion** zur Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ und gegen „minderwertige Slawen“ und Juden. Nach anfänglichen Erfolgen kam der deutsche Vormarsch ins Stocken. Die Schlachten bei **Stalingrad** und **Kursk** markierten die deutsche Niederlage (1942/1943). Im Hinterland der Front begingen „**Einsatzgruppen**“ grausame **Kriegsverbrechen** an Roma und Sinti, Partisanen und der jüdischen Bevölkerung.
- ▶ Die Nationalsozialisten versuchten, sich mit dem „**totalen Krieg**“ gegen die absehbare Niederlage zu stemmen.
- ▶ Die **USA** traten **1941** in den Krieg ein. Stalin drängte auf die Eröffnung einer weiteren Front im Westen, was mit der Landung in der **Normandie** im **Juni 1944** geschah. Die alliierten Truppen kamen nur langsam voran.
- ▶ Im April 1945 befreiten **sowjetische Truppen** Wien und Berlin; viele deutsche Städte waren bereits durch alliierte **Bombardierungen** zerstört. Am 8. Mai endete der Krieg mit der **bedingungslosen Kapitulation** Deutschlands.

Schlüsselbegriffe

Reichstagsbrandverordnung (24. Februar 1933): Beschränkungen der persönlichen Freiheit, von Presse- und Versammlungsfreiheit, willkürliche Hausdurchsuchungen.

Ermächtigungsgesetz (24. März 1933): übertrug die gesetzgebende Gewalt an Hitler.

Gleichschaltung: Ausrichtung der meisten Organisationen im Staat – Parteien, Verbände, Vereine und die Medien – auf die politischen Ziele der Nationalsozialisten; brachte alle Lebensbereiche der Menschen unter Kontrolle der Nationalsozialisten (z. B. Jugend, Kunst und Kultur, Lehrerinnen und Lehrer).

SA (Sturmabteilung): paramilitärische Kampforganisation, wichtige Rolle beim Aufstieg der NSDAP.

SS (Schutzstaffel): gegründet als Leibgarde von Hitler, Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument und verantwortlich für die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Partisanen: Widerstandskämpferinnen und -kämpfer in den von den Achsenmächten besetzten Gebieten; führten bewaffnete Aktionen und Sabotage durch.

Aktion T4: Erfassung, Abtransport, Tötung von geistig und körperlich behinderten Menschen; von den Nationalsozialisten auch als Euthanasie bezeichnet; wurde nach der Einstellung 1941 geheim weitergeführt; über 200 000 Menschen wurden getötet (in Österreich: Hartheim).

Nürnberger Rassengesetze (1935): teilten Juden in „Volljuden“ und „Mischlinge“ ein, entrechteten sie; Eheschließungen mit Nicht-Juden wurden verboten; sexuelle Beziehungen mit Nicht-Juden galten als „Rassenschande“.

Vernichtungslager: waren Konzentrationslager im besetzten Polen und Weißrussland, die speziell für den Massenmord an Juden und anderen Gruppen eingerichtet wurden; unterstanden der SS.

Der Aufstieg der NSDAP und die Stabilisierung der Herrschaft

... S. 80 – 82

- ▶ Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die politische Radikalisierung in Deutschland. Am 30. Jänner 1933 ernannte Staatspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. In den folgenden Monaten schalteten die Nationalsozialisten die politische Opposition aus, Grundrechte wurden abgeschafft (→ Reichstagsbrandverordnung, Ermächtigungsgesetz). Die NSDAP blieb die einzige zugelassene Partei. Die innerparteiliche Opposition wurde beseitigt (Ermordung der SA-Führung). Gesellschaft, Politik und Kultur wurden „gleichgeschaltet“.
- ▶ Seitens großer Teile der Bevölkerung gab es für die Maßnahmen Zustimmung → „Zustimmungsdiktatur“. Die Bevölkerung wurde durch Einschüchterung und Propaganda massiv manipuliert → Personenkult und Führermythos um Hitler.
- ▶ Die NSDAP propagierte ein hegemoniales Männlichkeitsideal; Frauen wurden auf ihren „Reproduktionswert“ und die Mutterrolle reduziert.

Widerstand gegen das NS-Regime

... S. 86 – 87 / S. 96 – 97

- ▶ Zunächst gab es wenig Widerstand, dieser war oft „unpolitisch“ (z. B. Swing-Jugend). Der **politische Widerstand** kam hauptsächlich von den christlichen Kirchen, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Bandbreite von Widerstandshandlungen reichte von Flüsterwitzen, Abhören von „Feindsendern“ bis zu aktiven Widerstandshandlungen wie Sabotage und Desertation. Die Strafen waren drastisch (KZ, Hinrichtung).
- ▶ **Beispiele von Widerstand** sind die „Weiße Rose“ (Studentengruppe in München, das gescheiterte Stauffenberg-Attentat (20. Juli 1944) oder die Wehrdienstverweigerung durch Franz Jägerstätter.
- ▶ In den **besetzten Ländern** formierte sich Widerstand in Form von Fluchthilfe, Sabotage und Partisanentätigkeit. Die größte jüdische Widerstandsaktion war der Warschauer Ghetto-Aufstand 1943.

Der Holocaust

... S. 83 / S. 94 – 95

- ▶ Der Massenmord an den Jüdinnen und Juden wurde strategisch vorbereitet: gesellschaftliche Ausgrenzung bis 1935 (Berufsverbote, Boykotte), rechtliche Ausgrenzung bis 1938 („**Nürnberger Gesetze**“); verschärfte Judenverfolgungen und Deportationen ab 1938.
- ▶ 1941 erteilte Hitler der SS den Auftrag zur „physischen Vernichtung der jüdischen Rasse“; die organisatorischen Details wurden in der **Wannsee-Konferenz 1942** festgelegt. Dabei griffen die Nationalsozialisten auf die Erfahrungen bei der **Aktion T4** – Ermordung körperlich und geistig Behinderter – zurück.
- ▶ Ab 1942 wurden planmäßig sechs Millionen Jüdinnen und Juden in die **Vernichtungslager** (betrieben von der SS) im Generalgouvernement deportiert. Auschwitz wurde zum Symbol der Massentötung der Jüdinnen und Juden.
- ▶ Die Vernichtungspolitik richtete sich auch gegen Roma und Sinti.

Nürnberger Prozesse – Aufarbeitung und Verdrängung

... S. 98 – 99

- ▶ In den **Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg** wurden die überlebenden Führer des NS-Staates wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angeklagt, in den Folgeprozessen auch Ärzte und Juristen. Fast 500 Todesurteile wurden vollstreckt.
- ▶ Ab etwa 1950 setzte ein Prozess der Verdrängung ein, Täter wurden amnestiert, Verbrechen des Nationalsozialismus verdrängt.

Kurzüberblick

Der Begriff „bipolare Welt“ bezieht sich auf die Aufteilung der Welt in eine westliche und eine östliche Hemisphäre zwischen 1947 und 1990. Die ideologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen diesen Blöcken bezeichnet man als „Kalten Krieg“. Eine direkte militärische Konfrontation zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR gab es nicht, allerdings zahlreiche „Stellvertreterkriege“ (z. B. Korea, Vietnam). Die massive atomare Aufrüstung sorgte für ein „Gleichgewicht des Schreckens“.

Schlüsselbegriffe

Berlin-Blockade: Blockade der Versorgung Westberlins durch die UdSSR 1948/1949.

Gleichgewicht des Schreckens: Ein Einsatz von Atomwaffen kann nur durch ein ausreichend großes Vernichtungspotential des Gegners verhindert werden.

Kubakrise (1962): ausgelöst durch die Stationierung sowjetischer Interkontinentalraketen im revolutionären Kuba. Nach einer Seeblockade lenkte die UdSSR ein, die USA bauten ihre Raketen in der Türkei ab.

Nahostkonflikt: Bezeichnung für die Kriege und Auseinandersetzungen um Palästina seit 1948. Der Konflikt ist bis heute ungelöst.

Zionismus: jüdische Bewegung mit dem Ziel der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates; basiert wesentlich auf Theodor Herzls Schrift „Der Judenstaat“.

Zwei-Staatenlösung: basiert auf dem UN-Teilungsplan von 1947 und sieht als Lösung für den Nahostkonflikt die Schaffung von zwei Staaten für zwei Volksgruppen vor. Besonders strittige Punkte sind der Grenzverlauf und die israelischen Siedlungen im Westjordanland sowie der Status von Jerusalem und das Flüchtlingsproblem.

- ▶ **Wiederaufbauprogramme und der Beginn des Kalten Krieges:** Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Europa in eine US-amerikanische und eine sowjetische Einflusszone geteilt. 1949 schlossen sich die westlichen Staaten unter US-Führung zur **NATO** (*North Atlantic Treaty Organization*) zusammen. Die Länder des Ostblocks formierten sich 1955 zum **Warschauer Pakt**. Die westlich orientierten Staaten Europas erhielten im Rahmen des Marshall-Plans Wiederaufbauhilfe. Beide Seiten rüsteten konventionell und atomar auf → „Gleichgewicht des Schreckens“.
- ▶ **Drei Phasen des Kalten Krieges:** Die **erste Phase** (1947 – 1962) war geprägt vom Rüstungswettlauf, der **Berlin-Blockade** (1948), dem Koreakrieg (1950 – 1953), der Suezkrise (1956) und dem Bau der Berliner Mauer (1961). Die Kubakrise (1962) brachte die Welt an den Abgrund. Die **zweite Phase** war von Entspannung, Abrüstungsverhandlungen, „friedlicher Koexistenz“ und Stellvertreterkriegen und schmutzigen Kriegen (Vietnam, Lateinamerika) geprägt. In Osteuropa intervenierte die UdSSR wiederholt gegen Proteste (Ungarn 1956, Prag 1968). Die **dritte Phase** des Kalten Krieges begann mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Aufrüstungsschritte der NATO waren die Folge.
- ▶ **Das Ende des bipolaren Systems – Transformationsprozesse:** Unter Gorbatschow wurden in der **UdSSR** Reformen (Perestroika) und Abrüstungsschritte eingeleitet. In den meisten osteuropäischen Ländern führte dies in Folge zum unblutigen **Sturz der kommunistischen Regime** (Fall der Berliner Mauer, Revolutionen). 1991 zerfiel die Sowjetunion, der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Ein schwieriger Transformationsprozess begann und führte zur Eingliederung der ostmitteleuropäischen Länder in die NATO und die EU.
- ▶ **Gründung der Vereinten Nationen:** Die Vereinten Nationen wurden 1945 auf Initiative von US-Präsident Roosevelt gegründet, um künftige Kriege zu verhindern und Menschenrechte für alle sicherzustellen. Diese wurden 1948 in der „**Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte**“ dann noch gesondert festgelegt. Sitz der UNO ist New York.
- ▶ **Ursprünge des Nahostkonfliktes:** Bereits um 1900 begann die jüdische Einwanderung in Palästina (→ Zionismus). Die **Balfour-Deklaration** versprach 1917 britische Unterstützung für eine Heimstätte für das jüdische Volk. In der Zwischenkriegszeit verschärfte die jüdische Einwanderung in das britische **Mandatsgebiet** Palästina die Spannungen zu den Arabern. 1947 verabschiedete die UN-Vollversammlung einen **Teilungsplan** für Palästina. Der Staat Israel wurde proklamiert, aber von den meisten arabischen Staaten nicht anerkannt. Die Folge waren mehrere Kriege, Vertreibung der arabischen Bevölkerung, Aufstände der Palästinenser (Intifada) und Ausweitung des israelischen Staatsgebiets. Anläufe zu Friedensverhandlungen und einer **Zwei-Staatenlösung** scheiterten bisher.
- ▶ **Jugoslawien – vom Wirtschaftswunder zu Staatszerfall und Krieg:** Jugoslawien ging nach dem Krieg einen Sonderweg zwischen den Blöcken → Mitglied der Blockfreien Bewegung. Ab 1970 verschärfte eine Wirtschaftskrise die politischen und nationalistischen Spannungen zwischen den Republiken. In fünf – meist blutigen – Kriegen zerfiel das ehemalige Jugoslawien in sieben Teilstaaten. In Bosnien-Herzegowina blockieren die Serben bis heute eine gemeinsame Regierung aller drei Ethnien. Zahlreiche Kriegsverbrecher wurden vor dem Internationalen Strafgericht verurteilt, die historische Aufarbeitung steht noch aus.

Schlüsselbegriffe

Dekolonisierung (Entkolonialisierung): Prozess der Ablösung ehemaliger Kolonien von der Kolonialmacht. Dieser Prozess begann Ende des 18./Anfang des 19. Jhs. (USA, Lateinamerika). 1945 – 1975 lösten sich die interkontinentalen Imperien (England, Frankreich, Portugal) auf, zahlreiche neue Staaten entstanden.

Befreiungsbewegungen: organisierte Widerstandsgruppen mit dem Ziel, die Unabhängigkeit von einer Kolonialmacht zu erreichen. Die eingesetzten Mittel waren politisch oder auch militärisch.

Vietminh: Kampffront für ein unabhängiges Vietnam, entstand im Kampf gegen die japanische Besatzung; bestand aus nationalistischen und kommunistischen Gruppen.

Apartheid: politisch-gesellschaftliche Doktrin der Rassentrennung, nach der früher die einzelnen ethnischen Bevölkerungsgruppen in der Republik Südafrika voneinander getrennt wurden; erfasste private und berufliche Lebensbereiche.

Globaler Norden / Globaler Süden: Die Begriffe sind nicht geographisch zu verstehen, sondern vielmehr als – scheinbar – wertfreie Beschreibung verschiedener Positionen in der globalisierten Welt. So definiert der „Globale Süden“ eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position.

Entwicklungsländer: Staaten, die im Vergleich zu den Industrieländern ein deutlich geringeres Sozialprodukt pro Kopf, eine geringe Arbeitsproduktivität, eine hohe Analphabetenquote und einen hohen Anteil landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit aufweisen.

Hongkong: 1843 – 1997 britische Kolonie. Der Rückgabevertrag garantierte Hongkong die Demokratie für 50 Jahre („Ein Land zwei Systeme“), was von der chinesischen Führung untergraben wird.

- ▶ **Dekolonisierung:** 1945 – 1975 erlangten zahlreiche Staaten in Asien, Afrika, Ozeanien und der Karibik ihre Unabhängigkeit. Gründe dafür waren die wachsende Kolonialkritik und die kriegsbedingte Schwäche der europäischen Kolonialmächte. Die Machtübergabe konnte friedlich erfolgen (z. B. Sri Lanka) oder musste erkämpft werden (z. B. Algerien, Angola). Antikoloniale Befreiungsbewegungen wurden im Kalten Krieg in Stellvertreterkriegen instrumentalisiert (z. B. Vietnam).
- ▶ Die Dekolonisierung **Indiens** 1947 war von Großbritannien schlecht vorbereitet und verlief chaotisch und führte zur Teilung des Subkontinents in Indien und **Pakistan** mit massenhaften Fluchtbewegungen und etwa 1 Million Toten. Indien wurde ein zentral organisierter demokratischer Staat, Pakistan musste 1971 das östliche **Bangladesh** abtreten. Die Konflikte zwischen Indien und Pakistan bestehen noch immer.
- ▶ Frankreich verlor 1954 gegen den Vietminh; **Laos, Kambodscha** und **Vietnam** wurden unabhängig; Vietnam in einen kommunistischen Norden und einen von den USA protegierten Süden geteilt. Die Eskalation des Konflikts führte zum Vietnamkrieg (1965 – 1975; Stellvertreterkrieg) und endete mit der Wiedervereinigung von Nordvietnam aus.
- ▶ **Kongo** erreichte nach Unruhen 1959 unter Lumumba (Anführer der Befreiungsbewegung) seine Unabhängigkeit von Belgien. Konflikte um die Ausrichtung des Landes und seine reichen Rohstoffe führten zur Einmischung von Belgien und den USA. Lumumba wurde ermordet. Militärdiktaturen, Chaos und Korruption prägen das Land bis heute.
- ▶ **Südafrika** wurde 1910 von Großbritannien unabhängig; allerdings baute die weiße Minderheit in den folgenden Jahrzehnten ihre Vormachtstellung gegenüber der schwarzen Mehrheit konsequent aus. → **Apartheid**. Erst in den 1980er Jahren wurden Verhandlungen zu einem friedlichen Übergang eingeleitet. Nelson Mandela vom *African National Congress* (ANC) wurde 1994 zum ersten schwarzen Präsidenten gewählt. Die schwarze Mehrheit ist weiter vielfach benachteiligt.
- ▶ Das koloniale Erbe und die wirtschaftliche Abhängigkeit lasten schwer auf den jungen Staaten. Ethnische und religiöse Konflikte, Armut, Hunger, Analphabetismus und ein geringer Lebensstandard sind der Nährboden für Migration, Instabilität und Radikalisierung.
- ▶ Die Welt von heute ist von globalen Asymmetrien geprägt. Weltbevölkerung und Wohlstand sind zwischen dem reichen „**Globalen Norden**“ und dem „**Globalen Süden**“ ungleich verteilt. Durch die Globalisierung holten vor allem **asiatische Entwicklungsländer** auf. Hunger und Armut gingen dort – anders als in den ärmsten Ländern Afrikas – zurück.
- ▶ **China** schaffte nach der Revolution 1949 (Mao Zedong) innerhalb eines halben Jahrhunderts den Sprung von einem „Entwicklungsland“ zur Werkbank der Welt und zum Global Player. Allerdings gilt ein Drittel der Bevölkerung noch immer als arm. 288 Millionen Wanderarbeiter haben kaum Rechte. Jegliche Kritik am Regime wird unterdrückt und die Demokratiebewegung in Hongkong weitgehend ausgeschaltet.
- ▶ Die **Agenda 2030** (17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung) wurden 2015 von der UNO als Antwort auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Klimawandel, Gesundheit, Wasserversorgung, Umweltschutz und Armutsbekämpfung verabschiedet. Die Zweifel an deren Umsetzung sind berechtigt.

Kurzüberblick

Das „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg schuf neue Möglichkeiten und Freiräume: Motorisierung und Mobilität, Massentourismus und Konsumgesellschaft, der wachsende Einfluss der US-amerikanischen Kultur. In der Gesellschaft wurde der Konservatismus der Nachkriegszeit hinterfragt, die Proteste der 1968er-Bewegung leiteten einen tiefgreifenden Wertewandel in vielen Bereichen (z. B. Familie, Geschlechterverhältnisse) ein.

► „1968“ und die Folgen:

Die „1968er-Bewegung“ war ein globales Phänomen und reichte von den Hippies und der Bürgerrechtsbewegung in den USA, Studentenprotesten in Lateinamerika und Europa bis zum „Prager Frühling“. Ihnen gemeinsam war der Wunsch nach Überwindung der konservativen Strukturen und der rigiden Sexualmoral der Nachkriegszeit. Ideologische Orientierung boten postkoloniale Befreiungsbewegungen (Vietnam). Aus der 68er-Bewegung gingen die „**Neuen Sozialen Bewegungen**“ von Frauen, Schwulen und Lesben sowie die Friedens- und Ökologiebewegung hervor.

► Veränderungen in der Arbeitswelt:

Fließband und ab den 1970er Jahren **Industrieroboter** steigerten die Produktivität bei gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten. Die als „Fordismus“ bezeichnete Entwicklung begann in den USA schon in den 1920er Jahren und setzte sich nach 1945 auch in Europa durch. Feministinnen kritisieren, dass dieses Modell zunächst die traditionellen Geschlechterrollen tradierte, obwohl **weibliche Erwerbstätigkeit** nach 1945 zunahm – bei „Doppelbelastung“ der Frau durch Erwerbsarbeit und Haushalt.

► Wirtschaftswunder und Gastarbeiter:

Die Jahre bis 1973 waren von einem **Wirtschaftsboom** (→ Wirtschaftswunder) geprägt – nicht zuletzt aufgrund des **Marschall-Plans**. Die **Infrastruktur** wurde zunächst wiederhergestellt und dann modernisiert (Autobahnen, Elektrifizierung der Eisenbahn, Tunnelbau, Kraftwerke). **Überseehäfen** (Rotterdam) und der **Flugverkehr** wurden ausgebaut. Die **Landwirtschaft** wurde technisiert, die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten nahm rasch ab. Trotzdem wurden Überschüsse produziert.

Die **Wachstumsraten** der österreichischen Wirtschaft lagen in den 50er Jahren bei **7 – 8 %**. Die Wochenarbeitszeit betrug 50 Stunden. Da die einheimischen Arbeitskräfte nicht ausreichten, wurden besonders in Deutschland, aber auch in Österreich **Gastarbeiter** (Italien, Jugoslawien, Türkei) ins Land geholt. Deren **Integration** gestaltete sich schwierig, weil man anfangs auf deren rasche Rückkehr in ihre Heimat setzte (Rotationsmodell).

► Jugendliche werden selbstbewusster:

Neue Konsummöglichkeiten und US-amerikanischer Einfluss besonders in der Musik begünstigten die Entstehung einer neuen **Jugendkultur**, die wesentlich von den „**Halbstarken**“ dominiert wurde und stark männlich geprägt war. Die Identifikationsmuster stammten aus der **Rockmusik** (Elvis Presley) und **US-Filmen**. Erstmals formulierte eine Generation ihre Bedürfnisse mit ihren Ausdrucksformen. Die Halbstarken bereiteten auch den Boden für spätere Jugendkulturen im Spannungsfeld zwischen Protest, Rebellion und Konsum.

Veränderung des Alltagslebens nach 1945

Wandel der Familien und Geschlechterverhältnisse

Patriarchale Nachkriegszeit

- Wiederherstellung der Männerrolle
- Frau: Haushalt und Kinder
- strenge Sexualmoral

Liberalisierung/sexuelle Revolution

- Wandel der Normen
- Pille → sexuelle Revolution
- Sexualaufklärung

Neue Frauenbewegung

- Entstehung von Frauengruppen, Fristenregelung
- Reformen im Familien- und Strafrecht

Mobilität und Tourismus

- Motorisierung, Auto als Statussymbol
- Tourismus:
 - Ausbau der touristischen Infrastruktur
 - Italienurlaube

Fortschritt

- nachholender Konsum
- Fernsehen als Freizeitbeschäftigung
- Konsumgüter: Fernsehen, Kühlschrank, Waschmaschine
- Fortschrittskritik: „Grenzen des Wachstums“

Strukturelle Ungleichheiten:

Rechtliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskriminierung und Ungleichheiten sind Folgen von **Rassismus** und **Sexismus**. Auch wenn es zahlreiche Gesetze und Gerichtsurteile gegen diese Formen der Diskriminierung gibt, wirken sie in vielen Bereichen weiter, im Fall von Rassismus als „racial profiling“, Polizeigewalt gegen Schwarze, Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma und Sinti. **Frauen** sind in der EU, den USA und Kanada weitgehend gleichberechtigt, werden für gleiche Arbeit oft schlechter entlohnt und sind in wirtschaftlichen Spitzenpositionen (z. B. Aufsichtsräte) unterrepräsentiert.

Schlüsselbegriffe

Investigativer Journalismus: bemüht sich gezielt um Aufklärung und das Enthüllen von Missständen, die von politischen oder wirtschaftlichen Netzwerken vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden.

▶ **Demokratische Politik:**

Es gibt keine verbindliche Definition des Begriffs. Die Politikwissenschaft unterscheidet drei Dimensionen: **Policy** (Programme und Ziele) – **Politics** (Prozesse) – **Polity** (Strukturen).

In den letzten Jahren wurden Instrumente zur Messung von Demokratiequalität entwickelt, um politische Systeme vergleichen zu können.

▶ **Mehrheiten sind nicht alles:**

Auch in einer Demokratie stellt sich die Frage, welche Personen(-gruppen) an demokratischen Entscheidungen (z. B. **Wahlen**) teilnehmen dürfen. In den meisten Ländern ist das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft gebunden und durch **Altersgrenzen** eingeschränkt (18/16). EU-Bürgerinnen und -Bürger dürfen in Österreich an Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen sowie EU-Wahlen teilnehmen.

Minderheiten (religiös, ethnisch) genießen einen besonderen **Schutz**. In einer Demokratie müssen aber auch abweichende Haltungen und Verhaltensweisen und bestimmte Freiräume toleriert werden (z. B. heikle Frage einer „Impfpflicht“).

Grund-, Freiheits- und Menschenrechte sollten für alle gelten, sind aber an die Anerkennung durch den jeweiligen Staat geknüpft. In Österreich steht die **Europäische Menschenrechtskonvention** (EMRK) im Verfassungsrang. In Österreich sind Grundrechte durch eine Verfassungsmehrheit (Zwei-Drittel-Mehrheit) besonders geschützt.

▶ **Medien und Demokratie:**

Seit dem 19. Jh. gelten Medien als „**vierte Gewalt**“ neben Exekutive, Legislative und Judikative. Heute wird mehr die **wechselseitige Beeinflussung von Medienleuten und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern** analysiert. Neben den „klassischen Medien“ eröffneten die „**sozialen Medien**“ neue Möglichkeiten der Einflussnahme (z. B. auf Wahlen). Medien sehen sich daher mit dem Vorwurf konfrontiert, sie agierten als politische Akteure und nicht mehr als Berichterstatter und kritische und kontrollierende Instanz. Ungeachtet dessen leistet der **investigative Journalismus** nach wie vor wichtige Aufklärungsarbeit, wie historische und aktuelle Beispiele zeigen.

Zivilgesellschaft**nicht-institutionelle Bewegungen und Strömungen**

- ▶ Ziel: Druck auf Entscheidungsträger
- ▶ Mobilisierung: Demonstrationen, Internet
- ▶ Begriff von Gramsci geprägt
- ▶ Rückgrat liberal-demokratischer Gesellschaften

Sphären zivilgesellschaftlichen Engagements (Beispiele)

- ▶ Gender:
 - 19. Jh.: ggfs. Diskriminierung, Frauenwahlrecht
 - 20. Jh.: Schwangerschaftsabbruch, Gleichstellung in der Arbeitswelt, Eherecht, #meTOO
- ▶ Umwelt/Klimaschutz:
 - in Ö: 1984 Hainburg
 - seit 2018: Fridays for Future

Ziviler Ungehorsam

- ▶ gegen Rassismus und Diskriminierung:
 - Civil Rights Movement in den USA
 - Black Lives Matter
- ▶ gegen eine Kolonialmacht:
 - Beispiel Indien, Ghandi
 - gewaltfreier Widerstand
- ▶ gegen als ungerecht empfundenen Staat:
 - Henry Thoreau
 - Amerikanische Revolution

Kurzüberblick

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde Österreich von den vier alliierten Mächten in Zonen aufgeteilt. Die Jahre bis 1955 waren geprägt von prekärer Versorgung der Menschen, dem Wiederaufbau und den zähen Verhandlungen um den Staatsvertrag (1955). Der Marshallplan war wesentlich für den wirtschaftlichen Neuanfang. Im folgenden Jahrzehnt setzte ein Transformationsprozess ein, die Große Koalition wurde von Alleinregierungen (ÖVP, SPÖ) abgelöst, viele Bereiche der Gesellschaft wurden modernisiert. Die Waldheim-Affäre (1986) zwang Österreichs Gesellschaft und Politik zu einem neuen Umgang mit der NS-Vergangenheit des Landes.

Das Ende des Kalten Krieges (1989) änderte die außenpolitischen Rahmenbedingungen und machte den Weg frei für Österreichs Beitritt zur EU (1995). Die Jahre nach 2000 waren geprägt von der Wirtschafts- und Migrationskrise.

Schlüsselbegriffe

Marshallplan, auch European Recovery Program / ERP: Rohstoff-, Lebensmittel- und Warenlieferungen an Westeuropa mit dem Ziel, Wohlstand und Demokratie zu festigen.

Moskauer Deklaration: Erklärung der Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion (Oktober 1943), wonach der Anschluss null und nichtig, Österreich das erste Opfer der Aggression Hitlers sei, aber auch Verantwortung für die Beteiligung am Krieg übernehmen müsse.

Minderbelastete: Nach dem Nationalsozialistengesetz von 1947 galten einfache Mitglieder der NSDAP ohne Funktionen und Ehrenzeichen als „minderbelastet“, sie wurden wieder zu Wahlen und für den öffentlichen Dienst zugelassen. „Belastete“ bekamen das Wahlrecht erst 1950.

Österreich im Spannungsfeld des beginnenden Ost-West-Konflikts

... S. 200 – 201

- ▶ Im April 1945 bildeten ÖVP, SPÖ und KPÖ eine Konzentrationsregierung. Ihre Befugnisse waren durch die Alliierten stark eingeschränkt. Österreich war in **vier Besatzungszonen** aufgeteilt.
- ▶ Die unmittelbare Nachkriegszeit war von Kriegszerstörungen und Mangel geprägt. Hilfe kam von den Alliierten und später durch den **Marshallplan**.

Staatsvertrag und immerwährende Neutralität

... S. 202 – 203

- ▶ Die unterschiedlichen Interessen von Westmächten und der UdSSR erschwerten die Staatsvertragsverhandlungen. Als Gegenleistung für den **Staatsvertrag** musste sich Österreich zu einer freiwilligen und bewaffneten **Neutralität** nach Schweizer Vorbild verpflichten, Ablöse für sowjetische Unternehmen bezahlen und auf den Anschluss an Deutschland verzichten.
- ▶ Der Staatsvertrag wurde am 15. Mai 1955 unterzeichnet, das Neutralitätsgesetz (im Verfassungsrang) am 26. Oktober 1955 beschlossen.

Entnazifizierung, Verdrängung, Wandel in der Erinnerungskultur

... S. 204 – 207

- ▶ Unmittelbar nach dem Krieg wurde mit dem **Verbotsgesetz** eine rechtliche Grundlage für die Entnazifizierung geschaffen. Ab 1947 wurden „Minderbelastete“ amnestiert. In der Folge blieb die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bruchstückhaft (Amnestiegesetz 1957).
- ▶ Nach 1945 basierte das Selbstbild Österreichs – unter Berufung auf die **Moskauer Deklaration** (1943) – auf der sogenannten „Opferthese“, das Schicksal der Opfer (Vertriebene, Ermordete) wurde weitgehend ausgeblendet. Öffentliche Erinnerung beschränkte sich auf Kriegerdenkmäler.
- ▶ Die **Waldheim-Affäre** gab den Anstoß zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle von Österreicherinnen und Österreichern während des Nationalsozialismus. 1991 distanzierte sich Bundeskanzler Vranitzky (SPÖ) in einer Rede vor dem Nationalrat offiziell von der Opferthese.

Parteien – politische Akteure im Wandel

... S. 210 – 211

- ▶ **ÖVP** und **SPÖ** versuchten nach 1945, neben ihren Kernwählerschichten (Bauern, Wirtschaft, Angestellte / traditionelle Arbeiterschicht), ein breiteres politisches Spektrum anzusprechen. Sie wurden zu Massenparteien mit vielen Mitgliedern und bildeten bis 1966 Koalitionsregierungen. Ab den 1980er Jahren verloren SPÖ und ÖVP an Stimmen, weil sich die Gesellschaft änderte und neue Mitbewerber auftraten.
- ▶ Der VdU – Vorläufer der **FPÖ** – verstand sich als Sammelbecken für ehemalige Nationalsozialisten. Jörg Haider machte die FPÖ ab 1986 zu einer populistischen Partei.
- ▶ Die **Grünen** zogen 1986 erstmals in den Nationalrat ein. Das Liberale Forum als Abspaltung von der FPÖ konnte sich nicht dauerhaft etablieren, sein Nachfolger – **NEOS** – ist seit 2013 im Parlament vertreten.

Die Regierungen der Zweiten Republik

... S. 212 – 213

- ▶ In den Jahren 1947 bis 1966 wurde Österreich von **großen Koalitionen** unter ÖVP-Bundeskanzlern regiert. Diese stemmten Wiederaufbau, Staatsvertragsverhandlungen und Wirtschaftswunder. Kompromisse und Proporz prägten diese Zeit. Die Großparteien teilten sich mithilfe der Sozialpartner Macht und Einfluss in Wirtschaft und Verwaltung (Proporzsystem).

- ▶ 1966 leitete die **Alleinregierung der ÖVP** unter Josef Klaus Reformen zur Modernisierung der Gesellschaft ein.
- ▶ 1970 bildete die SPÖ unter Bruno Kreisky zunächst eine Minderheitsregierung mit Duldung der FPÖ. Die Zeit der **SPÖ-Alleinregierungen** (1971 – 1983) – die **Ära Kreisky** – war eine Periode tiefgreifender Reformen (Schülerfreifahrt, Familien-, Strafrecht, Zivildienst). Eine Wirtschaftspolitik des *Deficit spending* sicherte die Vollbeschäftigung. Die Protestbewegungen gegen Zwentendorf und die Besetzung der Hainburger Au führten zur Entstehung einer Grünen Partei.

Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie

→ S. 214 – 215

- ▶ Die kleine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ (1983 – 1986) zerbrach nach der Wahl Jörg Haider zum Obmann der FPÖ. In den 1980er und 1990er Jahren verlor die **große Koalition von SPÖ und ÖVP** an Rückhalt bei den Wahlen, brachte allerdings erfolgreiche Verhandlungen zum **EU-Beitritt** auf den Weg. 1995 trat Österreich der EU und 1999 der Währungsunion bei.
- ▶ Bei den Wahlen von 1999 wurde die FPÖ hinter der SPÖ zur zweitstärksten Kraft und Wolfgang Schüssel (ÖVP) bildete eine **schwarzblaue Koalition**, die national wie auch in der EU Proteste auslöste. Sie brachte Privatisierungen (Telekom, voestalpine) und eine Pensionsreform auf den Weg. Der Einfluss der **Sozialpartner** und insbesondere der Gewerkschaften wurde zurückgedrängt.
- ▶ 2007 – 2017 gab es eine Neuauflage der **großen Koalition** unter Führung der SPÖ. Obwohl sie die Finanzkrise von 2007/2008 gut bewältigte, wurde ihr zunehmend „Stillstand“ vorgeworfen. Die FPÖ legte in Meinungsumfragen insbesondere nach der Flüchtlingskrise 2015/2016 stark zu.
- ▶ 2017 übernahm Sebastian Kurz die ÖVP und beendete die Koalition mit der SPÖ. Bei den Neuwahlen wurde die **ÖVP** zur stärksten Kraft und bildete unter Sebastian Kurz eine **Koalition mit der FPÖ**. Diese türkis-blaue Koalition führte den 12-Stunden-Tag ein und verschärfte die Asyl- und Zuwanderungspolitik. Das Ibiza-Video führte im Mai 2019 zur vorzeitigen Aufkündigung der Koalition durch Bundeskanzler Kurz, zur Bildung einer **Expertenregierung** unter Brigitte Bierlein nach einem Misstrauensantrag im Nationalrat und Neuwahlen im Herbst 2019.
- ▶ Die Neuwahlen gewann die ÖVP, eine **türkis-grüne Koalition** von sehr ungleichen Partnern wurde gebildet. Auch wenn die Differenzen zunächst von der Bewältigung der Corona-Krise überlagert wurden, werden diese inzwischen immer offensichtlicher (Asyl, Klimakrise). Im Oktober 2021 trat Kurz als Bundeskanzler zurück (Verdacht auf Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit). Ihm folgte interimistisch Alexander Schallenberg nach, am 6. Dezember wurde Karl Nehammer als Bundeskanzler angelobt.

Entnazifizierung: die ab Juli 1945 umgesetzte Politik der vier Alliierten, die darauf abzielte, die deutsche und österreichische Gesellschaft, Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik von allen Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien. Dazu zählten auch die Verfolgung von Kriegsverbrechen und das Verbot aller NS-Organisationen und der Ausschluss dieser Personen vom Wahlrecht und öffentlichen Dienst.

Opferthese: Die These von Österreich als „erstem Opfer“ der Aggression Hitlerdeutschlands wurde zu einer Art Mythos der Zweiten Republik und prägte den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bis in die 1980er Jahre (Waldheim-Affäre). Die Verstrickung und Beteiligung von Österreicherinnen und Österreichern an Kriegsverbrechen und Shoa wurde bewusst ausgeblendet.

Schlüsselbegriffe

Neutralität: Nichtteilnahme an oder -einmischung in Kriege anderer Länder. Die Erklärung der „immerwährenden Neutralität nach Schweizer Muster“ war Bedingung für den Staatsvertrag (15. Mai 1955) und erfolgte mit dem Neutralitätsgesetz am 26. Oktober 1955. Vermittlerdienste bei Konflikten sind mit Neutralität vereinbar. Heute ist die reale politische Bedeutung der Neutralität strittig (EU-Beitritt, NATO-Partnerschaft für den Frieden).

Proporzsystem: bezeichnet die anteilmäßige Beteiligung politischer Gruppen (Parteien) an Gremien, Regierung und Ämtern im öffentlichen Dienst und der verstaatlichten Wirtschaft oder auch in öffentlich-rechtlichen Medien (ORF). Die entsprechenden Posten werden mit Parteimitgliedern besetzt. Dieses von SPÖ und ÖVP praktizierte System prägte Österreich bis zur Jahrtausendwende.

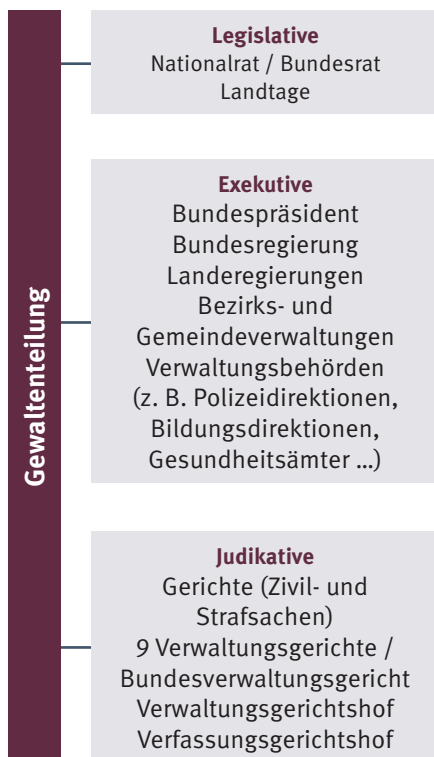
Deficit spending: über Kredite finanzierte Erhöhung der Ausgaben des Staates, um bei konjunkturellem Abschwung die Nachfrage zu erhöhen und damit zum wirtschaftlichen Aufschwung beizutragen. Wurde in der Kreisky-Ära angewendet, aber auch zur Abfederung der Corona-Krise.

Waldheim-Affäre: Debatte über die vermutete Beteiligung Waldheims an Kriegsverbrechen der Wehrmacht am Balkan im Zuge seiner Kandidatur für die Bundespräsidentschaft 1986. Seine Reaktion („Pflichterfüllung“) war der Anstoß zu einer Auseinandersetzung mit der Opferthese und der Verdrängung der NS-Vergangenheit.

Konsensdemokratie: Form der Politik, bei der Lösungen durch Verhandlungen zwischen den politischen Akteuren gefunden werden.

Konfliktdemokratie (auch Konkurrenzdemokratie): ist geprägt durch Konkurrenz der Parteien und Entscheidungsbildung durch Mehrheitsentscheid.

Gewaltenteilung in Österreich

**Menschenrechte in der Verfassung:**

- ▶ Staatsgrundgesetz über die Allgemeinen Rechte der Staatsbürger (1867)
- ▶ Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)

Schlüsselbegriffe

Realverfassung / Verfassungswirklichkeit: beschreibt die verschiedenen informellen (im Gegensatz zu den formellen) Abläufe, die im politischen Geschehen wirksam werden. So wird der Einfluss der Bundesregierung, der Landeshauptleute, der politischen Parteien oder Sozialpartner klar.

Verhältnismehrrecht: Wahlrecht, bei dem die Verteilung der Mandate auf die verschiedenen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen erfolgt; erschwert Mehrheitsbildungen, ermöglicht auch die Vertretung kleinerer Parteien und Interessen; führt in der Praxis zu Koalitionsregierungen und teilweise zu Zersplitterung.

Die Bundesverfassung

... S. 224 – 225

- ▶ Das **Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)** – maßgeblich geprägt von Hans Kelsen – wurde 1920 beschlossen und 1929 novelliert (Stärkung der Rechte des Bundespräsidenten), seither immer wieder überarbeitet. Änderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit, Gesamtänderungen einer Bestätigung durch eine Volksabstimmung (→ EU-Beitritt).
- ▶ Die Grundprinzipien der Bundesverfassung sind:
 - das demokratische Prinzip
 - das republikanische Prinzip
 - das bundesstaatliche Prinzip
 - das rechtsstaatliche Prinzip
 - das liberale Prinzip (Freiheit für den Einzelnen, Menschenrechte)
- ▶ Zudem ist das politische System in die europäische Rechtsordnung (EU-Verfassung) eingebunden (Schema, S. 225).

Wahlen und Wählen

... S. 226 – 227

- ▶ **Kriterien eines demokratischen Wahlrechts:** allgemein, frei, gleich, unmittelbar; persönliche Ausübung (Wahlzelle, Briefwahl); mehrere wahlwerbenden Parteien mit Zugang zu Medien
- ▶ **Wer / Was wird in Österreich gewählt:**
 - Bundespräsident/in
 - EU-Parlament
 - Nationalrat
 - Landtage
 - Bezirksvertretungen in Wien
 - Gemeinderäte
 - Bürgermeisterinnen / Bürgermeister (außer Wien, NÖ, Steiermark)
- ▶ Gewählt wird nach dem **Verhältnismehrrecht**; außer Bundespräsidentin / Bundespräsident, Bürgermeisterinnen / Bürgermeister.
- ▶ Formen der **direkten Demokratie:**
 - Volksbefragungen (Wehrpflicht)
 - Volksabstimmungen (Zwentendorf, EU-Beitritt)
 - Volksbegehren: meist auf Initiative der Zivilgesellschaft (z. B. Rauchverbot in der Gastronomie)

Aufgaben des Parlaments

... S. 228 – 229

- ▶ **Beschließen der Gesetze** (unter Mitwirkung des Bundesrates = Länderkammer); wichtigstes Gesetz ist das Budgetgesetz
- ▶ **Bestätigung der Regierung; Misstrauensanträge** gegen einzelne Ministerinnen / Minister oder gegen die gesamte Regierung (Mai 2019)
- ▶ Kontrollfunktion: mithilfe des Rechnungshofes, Untersuchungsausschüsse (z. B. Ibiza-U-Ausschuss)
- ▶ **Angelobung des Bundespräsidenten / der Bundespräsidentin** gemeinsam mit dem Bundesrat (= Bundesversammlung)
- ▶ Prinzipiell haben Abgeordnete ein **freies Mandat**, in der Praxis halten sie sich an den Klubzwang (Vorgaben der jeweiligen Partei).
- ▶ Ein **Kritikpunkt** am Parlamentarismus ist, dass Gewaltenteilung nicht umgesetzt wird, weil der Großteil der Gesetze von der Exekutive (= Regierungsvorlagen) eingebracht wird.

Bundesregierung

... S. 230

- ▶ Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler / der Bundeskanzlerin, dem Vizekanzler / der Vizekanzlerin und den jeweiligen Ministerinnen und Ministern, die nicht weisungsgebunden sind.

- Die **Regierungsbildung** erfolgt in der Regel nach der Wahl auf Auftrag des Bundespräsidenten / der Bundespräsidentin an den Vorsitzenden / die Vorsitzende der stärksten Partei. Dann folgen Koalitionsverhandlungen, die Ausarbeitung eines Regierungsprogramms, die Erstellung einer Liste von Ministern / Ministerinnen und die Angelobung durch den Bundespräsidenten / die Bundespräsidentin. In Ausnahmefällen kann auch eine Person des Vertrauens vom Präsidenten / der Präsidentin beauftragt werden (Übergangsregierung 2019).

Aufgaben der Regierung: Erstellung des Budgets, Vorbereiten von Gesetzesanträgen, Leitung und Verwaltung des Staates

Der Bundespräsident / Die Bundespräsidenten

... S. 231

- Voraussetzungen:** Mindestalter 35 Jahre; Volkswahl für sechs Jahre, Mehrheitswahl (50 %+ der Stimmen), zwei Amtsperioden möglich
- Aufgaben:** Beauftragung der Regierungsbildung; Einberufung und Auflösung des Nationalrats (auf Vorschlag des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin); Ernennung und Entlassung von Ministern / Ministerinnen (auf Vorschlag des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin); Ernennung der Mitglieder der Höchstgerichte (auf Vorschlag der Regierung); Beurkundung der Gesetze; Vertretung des Staates nach außen; Oberbefehl über das Bundesheer (formal)

Judikative und Rechtsstaat

... S. 232 – 233

- Das Zusammenleben in der Gesellschaft ist von Regeln in Form von Bescheiden, Verordnungen und Gesetzen bestimmt. Diese müssen der Bundesverfassung und dem EU-Recht entsprechen.
- Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof** überprüfen das. Der Verfassungsgerichtshof hebt Gesetze und Verordnungen auf, wenn sie nicht mit den Prinzipien der Bundesverfassung im Einklang stehen. Der Verwaltungsgerichtshof und die Verwaltungsgerichte garantieren Rechtssicherheit im Umgang mit der Verwaltung.
- Die Gerichte sind für straf- und zivilrechtliche Angelegenheiten zuständig (z. B. für Diebstahl, Körperverletzung bzw. für Verträge, Schadenersatz, Familienrecht etc.) zuständig. Gegen Urteile kann bei der nächsthöheren Instanz Berufung eingelegt werden.

Die Sozialpartnerschaft

... S. 234 – 235

- Sozialpartnerschaft** ist das Zusammenwirken der großen wirtschaftlichen Interessensverbände (Österreichischer Gewerkschaftsbund / ÖGB, Arbeiterkammer / AK, Landwirtschaftskammer / LK, und Wirtschaftskammer Österreichs / WKÖ).
- Ausgehandelt werden **Kollektivverträge**, beraten werden Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und es gibt Serviceleistungen für die Mitglieder (z. B. Rechtsvertretung).
- Bis in die 1980er Jahre galt Österreich als „**Verbändestaat**“, in dem die Sozialpartner großen Einfluss auf politische Entscheidungen hatten und auch mit ihren führenden Mitgliedern in den Parlamentsfraktionen vertreten waren, was Österreich sozialen Frieden sicherte.
- Ab den 1990er Jahren verlor die Sozialpartnerschaft an Einfluss (EU-Beitritt, schwarz-blaue Regierung, Privatisierung der Großindustrie). In der Finanz- und Corona-Krise griff die Regierung wieder auf die bewährten Mechanismen der Sozialpartnerschaft zurück.

Politische Systeme im Vergleich

	vollständig	fehlerhaft
Demokratie	repräsentativ (Österreich) partizipativ (Schweiz) parlamentarisch (Österreich) präsidientell (USA, Frankreich)	illiberal (Ungarn, Polen) eingeschränkt (z. B. Zensuswahlrecht, kein Wahlrecht für Frauen)

	schwach autoritär	stark autoritär
Autokratie	kontrollierte Mehrparteienregime (Russland) Einparteiensystem (Belarus)	Militärregime absolute Monarchie ideologisch fundierte Einparteiensysteme (China)
	totalitär	
	faschistisch (mit Totalitätsanspruch; Nazi-Regime) kommunistisch (mit Totalitätsanspruch; UdSSR) theokratisch (mit Totalitätsanspruch; Taliban in Afghanistan)	

Schlüsselbegriffe

Mehrheitswahlrecht: Wahlverfahren, bei dem die Mehrheit der für einen Kandidaten abgegebenen Stimmen (in einem Wahlbezirk) ausschlaggebend ist; Stimmen für die unterlegenen Wahlwerber zählen nicht. Erleichtert Mehrheitsbildungen, führt zu Zweiparteiensystemen (USA), spiegelt den tatsächlichen Wählerwillen nicht wider (Wahl von Trump 2016).

Kollektivvertrag: Vertrag zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung, in dem Mindestlöhne und Arbeitszeitregelungen für eine ganze Branche festgehalten werden (z. B. Handel).

Timeline der Entwicklung der EU

1951	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Fr., BRD, It., Benelux-Länder)
1958	Römische Verträge: Europäischer Wirtschaftsraum
1973	Erste Norderweiterung (Dänemark, Irland, UK)
1979	Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament
1981	Beitritt Griechenlands
1986	Süderweiterung (Spanien, Portugal) Einheitliche Europäische Akte → „vier Freiheiten“
1992	Vertrag von Maastricht: Gründung der EU; gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
1993	Vollendung des Binnenmarkts
1995	Zweite Norderweiterung (Ö., Finnland, Schweden) Schengen-Abkommen
1998	Beitritt Ö. zum Schengen-Raum
2002	Einführung des Euro
2004	Erste Osterweiterung (Baltische Staaten, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern)
2007	Zweite Osterweiterung (Bulgarien, Rumänien)
2009	Vertrag von Lissabon (neue Struktur der EU, Arbeitsverfahren)
2012	Friedensnobelpreis für EU
2013	Beitritt Kroatiens
2020	Brexit

Schlüsselbegriffe

Schengen-Abkommen: Abkommen zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen der teilnehmenden Staaten (alle EU-Mitglieder außer Irland, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Zypern). Gültig sind diese Regeln auch in der Schweiz, Liechtenstein, Island und Norwegen.

GASP: Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU verfolgt folgende Ziele: Friedenserhaltung, Stärkung der internationalen Sicherheit, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Entwicklung und Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Von der der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union ... S. 240 – 243

- ▶ Die EU in ihrer heutigen Form ist das Ergebnis einer etappenweisen Erweiterung und zunehmenden Vertiefung durch Verträge. Sie hat nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs (Brexit) 27 Mitglieder. Mit einigen Westbalkanländern laufen Beitrittsverhandlungen.
- ▶ Das Ergebnis ist ein Staatenverbund, ein komplexes Modell (Schema auf S. 243) mit oft schwieriger Entscheidungsfindung.
- ▶ Während der Binnenmarkt als Erfolgsmodell gilt, die EU 2012 als Friedensprojekt mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, ist das Ausmaß der politischen Integration umstritten (Polen, Ungarn, rechte Parteien).

Österreich und die EU

... S. 246 – 249

- ▶ Österreich war mit anderen neutralen Staaten zunächst in der EFTA (Europäische Freihandelszone). Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde eine Annäherung an die EG (heute EU) möglich. Der Beitrittsantrag erfolgte 1988, der Beitritt dann Anfang 1995. Damit verpflichtete sich Österreich – trotz Neutralität – auch zur Teilnahme an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).
- ▶ In der verpflichtenden Volksabstimmung (Verfassungsänderung) stimmten zwei Drittel für den Beitritt.
- ▶ Kritikpunkte an der EU sind: Transitverkehr, freier Hochschulzugang für Studierende aus EU-Ländern, das „Übermaß an Regeln“, Migrations- und Asylpolitik sowie der Status Österreichs als Nettozahler.
- ▶ Wirtschaftlich gesehen war der EU-Beitritt Österreichs ein Erfolg. Österreich profitierte besonders von der Osterweiterung, weil es dort neue Märkte erschließen konnte. Mehr als drei Viertel des österreichischen Außenhandels werden mit der EU abgewickelt.

EU im Krisenmodus

... S. 250 – 253

- ▶ Die veränderte **weltpolitische Lage** (Aufstieg Chinas, Orientierung der USA Richtung Asien) erfordert von einer nach innen teils gespaltenen (Visegrád-Staaten) und vom Brexit geschwächten EU Anpassungen.
- ▶ **Größte Herausforderungen** derzeit sind: die Bewältigung der Coronakrise, die Klimakrise („Green Deal“), die ungelöste Asyl- und Migrationsfrage sowie der Rechtspopulismus und die Verletzung von Rechtsstaatlichkeit und zentralen Werten (z. B. Pressefreiheit) durch einzelne Regierungen (Polen, Ungarn).
- ▶ Von links sieht sich die EU mit dem Vorwurf eines **Gerechtigkeitsproblems** konfrontiert, erfolgte doch die Bewältigung der Schulden- und Eurokrise (ab 2009) in Ländern wie Spanien und Griechenland zu Lasten von Sozialausgaben und Gesundheitssystem.
- ▶ Ein weiterer Vorwurf betrifft die „Bürgerferne“ der EU-Bürokratie. Rechte Parteien fordern eine „**Renationalisierung**“ oder Rückverlagerung von Kompetenzen an die Nationalstaaten.
- ▶ Der **Brexit** schwächte sowohl das Vereinigte Königreich wie auch die EU, die einen Nettozahler verlor. Die Folgen des Brexit und der noch ungelösten Probleme (z. B. Nordirland) sind noch nicht bewältigt.

Die Rechtsordnung der EU

Die EU ist eine **Rechtsgemeinschaft**. Das in den Verträgen festgelegte **Primärrecht** steht über nationalem Recht, was z. B. von Polen in Frage gestellt wird. Die EU-Kommission kann bei Nichteinhaltung ein **Vertragsverletzungsverfahren** beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einleiten.

Globalisierung – eine mögliche Definition:

Der Begriff „Globalisierung“ bezeichnet den Vorgang, dass weltweite Verflechtungen in vielen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation) zunehmen, und zwar zwischen Individuen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten.

Thesen zur Entglobalisierung

→ S. 270 – 271

- ▶ Die Coronakrise verstärkte Trends, die schon vorher wirksam waren: langsames Wachstum des Welt Handels, Rückverlagerung der Produktion in die jeweilige Region (Lieferketten, mögliche Schutzzölle).
- ▶ Die Coronakrise bedeutete die Rückkehr von Big Government: Regierungen griffen zur Rettung der Industrie in die Märkte ein und verhängten strenge Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie.
- ▶ Corona erwies sich als Spiegel der durch die Globalisierung verursachten Ungleichheiten – national wie global.
- ▶ Corona machte die Verletzlichkeit und Komplexität der wirtschaftlichen Vernetzung sichtbar. Das Modell der Auslagerung von Lieferketten (z. B. bei medizinischen Produkten) erwies sich als brüchig.

Globalisierung

- ▶ Globalisierung prägt unseren Alltag und knüpft an unsere Alltags-erfahrungen an. Auch wenn Sozial- und Wirtschaftswissenschaft den Beginn der Globalisierung unterschiedlich ansetzen, lässt sich feststellen, dass sich seit den 1990er Jahren der Prozess der internationalen Vernetzung, der Finanztransaktionen und des Warenhandels enorm beschleunigt hat. Die Voraussetzungen dafür wurden durch das Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahrzehnte geschaffen.

Voraussetzungen und Folgen der Globalisierung

Globalisierung	Liberalisierung des Handels	Senkung von Zöllen / Handels-hemmnissen (GATT / WTO) → Starkes Wachstum des Handels; Freihandelsabkommen
	Globalisierung der Finanzmärkte	Freigabe der Wechselkurse Erschließung neuer Finanzmärkte (ehemaliger Ostblock)
	Sinkende Transportkosten	Containerschiffe
	Neue Kommunikationstechnologien (Internet)	Rasche weltweite Kommunikation, Informationsaustausch
	Aufstieg Chinas	„Werkbank der Welt“, neuer global Player
	Weltumspannende Konzerne	Vor allem im Hi-Tech-Bereich (Amazon, Apple, Alphabet, Alibaba ...)
Folgen der Globalisierung		
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ internationale Vernetzung (in Echtzeit) ▶ Zugriff auf weltweit produzierte Güter ▶ Massentourismus (overtourism) ▶ kulturelle Dominanz weniger Anbieter ▶ Verbreitung des westlichen Lifestyle / Globalisierung von Konsumgewohnheiten 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ globale Probleme ▶ anhaltende Armut ▶ Klimakrise ▶ Mangel an Global Governance (z. B. Besteuerung multinationaler Konzerne, Finanztransaktionssteuer, Klima) ▶ Pandemien ▶ Krisenanfälligkeit der (Finanz-)Märkte (Bankenkrise 2007/2008), Lieferketten (Coronakrise)

Freihandel versus Protektionismus

→ S. 264 – 265

- ▶ Wesentlich für die Entwicklung des globalen Handels sind Freihandelsabkommen innerhalb von Regionen (z. B. EU), aber auch mit anderen Wirtschaftszonen (z. B. Eurasische Union). Diese erleichtern und fördern den Handel, geraten aber zunehmend auch in großen Industrienationen unter Druck („America first“), die ihre Produktion gegen billigere Konkurrenz schützen wollen.
- ▶ Kritik kommt auch von den Ländern des globalen Südens, die sich gegen ungleiche Bedingungen zur Wehr setzen.
- ▶ Globalisierungskritische Organisationen wie *Attac* kritisieren Freihandelsabkommen auch aus ökologischen Gründen (Ressourcenverbrauch, CO₂-Emissionen).

Medienlandschaft in Österreich

→ S. 276 – 279

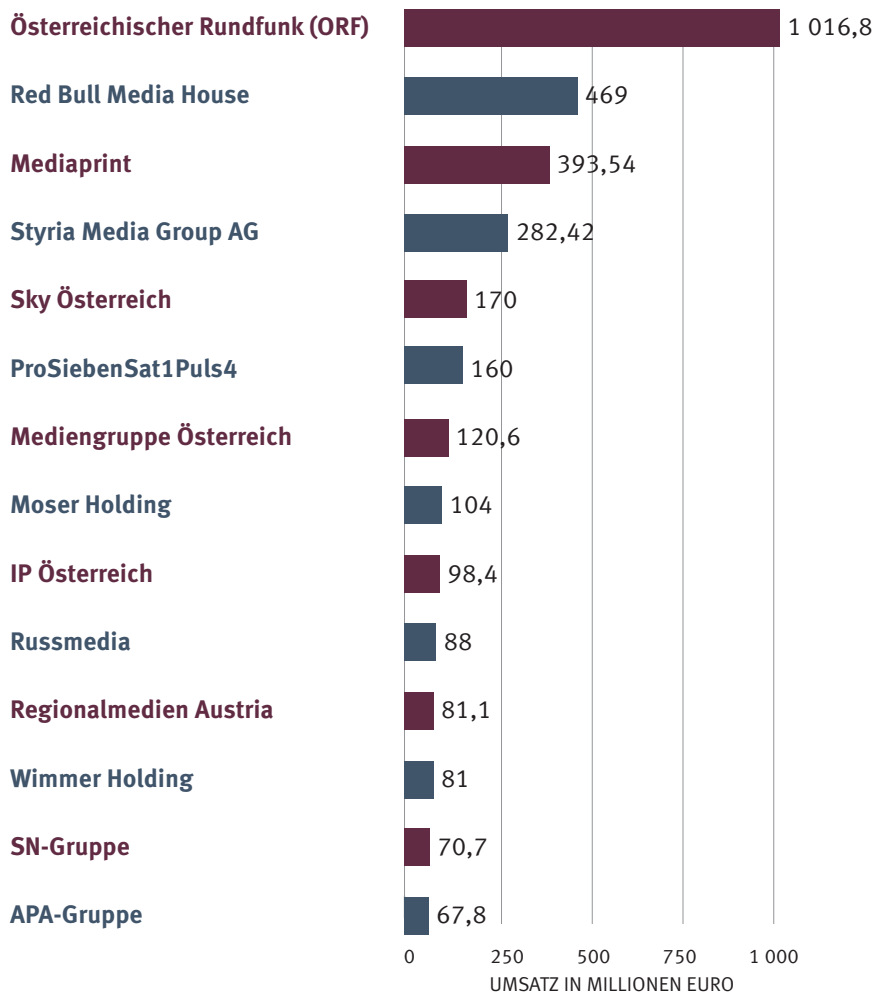
- ▶ Der wichtigste und umsatzstärkste Medienanbieter Österreichs ist der **ORF** (Rundfunk und Fernsehen). Die Ausrichtung seines Programms unterliegt dem Rundfunkgesetz. Finanziert wird er über Werbeinnahmen und die **Rundfunkgebühr**. Der ORF verfügte lange über ein Monopol; erst seit 1995 gibt es Privatradios. Über Kabel, Satellit und vermehrt über Streamingdienste sind auch andere – vor allem werbefinanzierte private – Anbieter verfügbar.
- ▶ Österreichs **Printmedienmarkt** wird von **Boulevardzeitungen** (z. B. *Kronenzeitung*, *Gratisblätter Heute* und *Österreich*) dominiert. **Qualitätsmedien** (*Der Standard*, *Die Presse*) haben eine wesentlich geringere Reichweite. **Regionalzeitungen** (z. B. *Salzburger Nachrichten*) haben in ihrem Bundesland eine gewisse Reichweite.
- ▶ Aufgrund der Digitalisierung kämpfen Printmedien (weltweit) mit **sinkenden Auflagen**. Zeitungen bieten ihre Inhalte (immer öfter gegen Bezahlung) auch **online** an.
- ▶ Immer mehr Menschen beziehen ihre Informationen aus den neuen Medien; **soziale Netzwerke** wie *Twitter*, *Facebook* oder *Youtube* haben beträchtlichen Einfluss. Dort werden auch fragwürdige, ungeprüfte Inhalte verbreitet (Fake News).
- ▶ Österreichs Printmedienlandschaft weist eine hohe **Medienkonzentration** auf: Wenige Familien und Medienhäuser dominieren den Markt (→ Infografik auf S. 278).
- ▶ Ein weiterer Aspekt ist der **Einfluss der Politik** auf die Berichterstattung (durch Pressearbeit → Message Control) und Inserate.

Medien und Politik

→ S. 274 – 275

- ▶ **Funktion der Medien:** • Information • Kommunikation • Kontrolle • Unterhaltung
- ▶ **Rechtliche Grundlagen für die Arbeit der Medien:** • Meinungsfreiheit • Informationsfreiheit • Pressefreiheit • Schutz der Privatsphäre
- ▶ **Einschränkungen der Pressefreiheit:** in **repressiven Regimen** Zensur, Einschüchterungsversuche, Blockieren sozialer Medien, Verhaftung von Journalistinnen / Journalisten; in **Demokratien** Einflussnahme auf Berichterstattung durch Message Control.

Ranking der größten Medienunternehmen in Österreich nach Umsatz im Jahr 2020 (in Millionen Euro)



<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/300099/umfrage/groesste-medienunternehmen-in-oesterreich-nach-umsatz/> (25.09.2021)

Probleme und Chancen des Internets

→ S. 280 – 283

Problembereiche	Chancen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ „digital divide“ (ungleicher Zugang) ▶ Polarisierung im Netz / Echo-kammern / Algorithmen ▶ Fake News ▶ Hass im Netz ▶ Datenschutz und „Big Data“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ freier Zugang zu Informationen ▶ Partizipation ▶ Transparenz und Kontrolle der Mächtigen ▶ „global village“

Die USA

... S. 304 – 305

- ▶ Gesellschaft und Politik der USA zeigen sich aktuell gespalten, wie Wahlergebnisse, der Sturm auf das Kapitol durch Trump-Anhänger (6. Jänner 2021) und die Auseinandersetzungen um Fragen wie Gesundheitsversorgung, Waffengesetze, Migration, Schwangerschaftsabbruch, Polizeigewalt gegen Schwarze zeigen.
- ▶ Unter der Präsidentschaft von Donald Trump vertiefte sich diese Polarisierung.
- ▶ Außenpolitisch stehen die USA vor neuen Herausforderungen zwischen einer „America First“-Politik und der Auseinandersetzung mit der aufstrebenden Wirtschafts- und Militärmacht China.

Russland

... S. 306 – 307

- ▶ Seit Jahren bestimmt Vladimir Putin mithilfe seiner Partei „Einiges Russland“ die Politik Russlands. Wahlen werden kontrolliert / gefälscht und dienen der Legitimierung von Putins Herrschaft. Russland gilt heute als illiberale Demokratie mit autoritären Zügen. Oppositionelle werden eingeschüchtert, Opfer von Anschlägen und eingesperrt (Nawalny).
- ▶ Weitere Problembereiche sind weit verbreitete Korruption und die fehlende Unabhängigkeit der Justiz.
- ▶ Die russische Führung setzt auf militärische Stärke, nationale Größe und traditionelle Werte sowie die Nähe zur orthodoxen Kirche.
- ▶ Der Konflikt in der Ukraine, die Annexion der Krim, Russlands Engagement in Syrien und die Unterstützung für Belarus haben die Spannungen mit dem Westen verschärft (Sanktionen gegen Russland).

Akteure der internationalen Politik

... S. 292 – 297

Akteure der internationalen Politik sind heute nicht nur mächtige Politikerinnen und Politiker, Staaten und Regierungen, Supermächte, Militärbündnisse, einflussreiche Konzerne internationale Organisationen. Auch einzelnen Bürgerinnen und Bürger können Handlungsspielräume ausloten und versuchen, über Organisationen der Zivilgesellschaft Einfluss zu nehmen.

Voraussetzungen und Folgen der Globalisierung

Akteure der internationalen Politik	Konzerne	<ul style="list-style-type: none"> ▶ horizontale / vertikale Konzerne ▶ Lobbys zur Beeinflussung der Politik ▶ erheblicher Einfluss auf die Nahrungsmittelversorgung
	Internationale Regime	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Freihandelsabkommen (z. B. NAFTA, JEFTA, EU, CETA ...) ▶ Rechtsordnungen (Völkerrecht), Rechtssubjekte, meist Staaten, Internationaler Strafgerichtshof (Kriegsverbrechen)
	Internationale Organisationen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ UNO als globales Friedensprojekt zahlreiche Unterorganisationen (UNICEF, UNHCR, WHO)
	INGOs / NGOs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ nicht durch Mandat einer Regierung legitimiert; non-profit-orientiert ▶ Beispiele: <i>Greenpeace, WWF, Amnesty international, Rotes Kreuz</i>
	Militärische Bündnisse	<ul style="list-style-type: none"> ▶ NATO: wichtige Rolle im Kalten Krieg; dehnte seither Einflussbereich aus Streitfrage: „humanitäre Interventionen“

Internationale Konfliktfelder

... S. 298 – 303

Ukraine	Konflikt innerhalb der Ukraine (ukrainischer, proeuropäischer Westen / russisch-sprachige Ostukraine; Russland annektierte die Halbinsel Krim und kontrolliert das Donbas-Gebiet → „eingefrorener Konflikt“)
Nordkorea	Entstand durch Teilung der Halbinsel nach dem Koreakrieg (1953); heute Führerkult und Einparteienstaat mit Atomprogramm; abhängig von China
Afghanistan	Von Bürgerkriegen und ausländischen Interventionen (UdSSR / USA und NATO gegen die Taliban) geprägtes Land ohne starke Zentralmacht; nach dem Abzug der NATO Anfang September 2021 kontrollieren die radikalislamistischen Taliban das Land.
Naher Osten	Lang andauernder Konflikt zwischen dem Staat Israel (ab 1947) und den Palästinensern; wiederholte militärische Auseinandersetzungen zwischen der Hamas und der israelischen Armee. Größte Konfliktpunkte sind der Siedlungsbau, der Grenzverlauf und die Zweistaatenlösung, die durch den Siedlungsbau massiv erschwert wird.
Syrien	Die vom „Arabischen Frühling“ (2011) inspirierten Proteste gegen das Regime al-Assad lösten einen blutigen Bürgerkrieg mit über einer halben Million Toten und der Vertreibung von Millionen Menschen aus.